

Beschluss Klare Ansage für den Bodenschutz

Gremium: KV Landau
Beschlussdatum: 03.02.2022
Tagesordnungspunkt: 8. Anträge

Antragstext

- 1 Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:
- 2 Wohnen, Gewerbe und Straßenneubau. Der Hunger nach Flächen ist enorm. Leitlinie
3 grüner Politik muss es sein, nicht nur für die Prosperität von Regionen zu
4 sorgen, sondern auch die Flächeninanspruchnahme und deren Effizienz im Auge zu
5 behalten und damit für den Erhalt unserer aller Lebensgrundlagen zu sorgen. Denn
6 unsere Böden sind eine begrenzte, wertvolle Ressource und müssen geschützt
7 werden. Für Natur- und Klimaschutz sowie den Erhalt unserer heimischen
8 Landwirtschaft brauchen wir eine Strategie, welche - unter Berücksichtigung
9 einer nachhaltigen Kommunalentwicklung – den Flächenverbrauch minimiert.
- 10 Wurden in Rheinland-Pfalz 2020 durchschnittlich 4,76 Hektar(1,2) pro Tag für
11 Siedlungsentwicklung und Verkehr neubeansprucht, betrug 2014 der
12 Flächenverbrauch pro Tag durchschnittlich 0,6 Hektar(3). Dies zeigt, dass wir
13 das bereits 2011 verankerte, rheinlandpfälzische Nachhaltigkeits-Ziel zur
14 Reduktion der Flächeninanspruchnahme auf unter einen Hektar(5,6) schon erreicht
15 hatten, aber die dauerhafte Stabilisierung auf dem niedrigen Niveau nicht
16 gelang. Auch der sogenannte gleitende Durchschnitt des täglichen
17 Flächenverbrauchs, welcher stets einen 4-Jahreszeitraum betrachtet, zeigt einen
18 deutlichen Trend nach oben und stieg zuletzt an auf 2,0 Hektar(3,4) . Das ist
19 eine deutliche, mittelfristige Überschreitung auch des Bundesziels von
20 umgerechnet maximal 1,4 ha/Tag(7) in RLP. Dieser Entwicklung müssen wir dringend
21 effektiv entgegensteuern!
- 22 Auf Landesebene wird bereits jetzt steuernd eingegriffen:
- 23 • Raum+ Monitor: Mit einem digitalen Potenzialflächenkataster wird die
24 Innenentwicklung erleichtert und kommunale Folgekosten greifbar gemacht.
 - 25 • Schwellenwerte für Wohnbebauung, abhängig von der prognostizierten
26 Bevölkerungsprognose sind bereits Pflichtaufgabe.
 - 27 • Förderprogramm Dorfentwicklung zur Unterstützung der Innenentwicklung im
28 ländlichen Raum.
- 29 Wir sehen aber, die vorhandenen Werkzeuge und Rechtgrundlagen konnten unsere
30 Ziele nicht sichern. Wir brauchen daher eine klare und überprüfbare Bodenschutz-
31 Strategie und müssen die Landes- und regionalen Raumplanungen endlich daran
32 ausrichten!
- 33 Auch brauchen wir einen Ausgleich für verfehlte Ziele: 2050 mit einer
34 unverträglich immensen Fläche in die Netto-Null-Bilanzierung einzusteigen, wäre
35 Augenwischerei. Jeder Hektar, der bis dahin „zu Unrecht“ beansprucht wurde, muss
36 auch wieder freigegeben werden.

37 Wir sagen:

- 38 • Bis 2030 soll der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrsflächen in
39 RheinlandPfalz dauerhaft durchschnittlich unter 1 ha/Tag betragen. Das bedeutet,
40 in seiner Summe darf er 3000 Hektar bis 2030 nicht überschreiten.
- 41 • Danach soll sukzessiv auf Netto-Null gesenkt werden, so dass spätestens 2050
42 der Übergang zur Flächenkreislaufwirtschaft erreicht ist, wie es bereits die
43 Ressourcenstrategie der EU und der Bundes-Klimaschutzplan fordern. Das bedeutet,
44 die Neuinanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrsflächen von 2030 bis 2050 darf
45 in der Summe 5000 Hektar nicht überschreiten.
- 46 • Um überhaupt an diesem Ziel anzukommen, muss es im nächsten
47 Landesentwicklungsplan enthalten sein und bindende Wirkungen auf die
48 nachgeordnete Raumplanung haben.
- 49 • Überschreitungen der Flächenneuanspruchnahme seit In-Kraft-Treten des
50 rheinland-pfälzischen Nachhaltigkeitsziels von unter 1 ha/ Tag sind
51 perspektivisch auszugleichen, z.B. durch Entsiegelung oder klimaverträgliche
52 Umnutzung.
- 53 • Der im Landesentwicklungsplan enthaltene Grundsatz: „Innen- vor
54 Außenentwicklung“ muss bei der gesamten Planung stärker berücksichtigt und dazu
55 entsprechende Indikatoren, wie z.B. Leerstandsquoten und Versiegelungsflächen
56 pro Verbandsgemeinde und Kommune in einer digitalen Plattform transparent
57 erhoben werden.
- 58 • Die Summe der Regionalpläne muss dabei das Landesziel ergeben. Die Kontrolle
59 dessen werden wir intensivieren. Zielabweichungsverfahren dürfen nur in
60 Ausnahmefällen zugelassen und müssen mit tatsächlichen Zahlen belegbar oder
61 durch verifizierbare, plausible Prognosen begründet sein.
- 62 • Begründete Einwände der Fachbehörden in der Bauleitplanung zur
63 Risikominimierung und Gefahrenvorbeugung, z.B. von Starkregen, Erosionsschäden,
64 Hitzeinseln oder Waldbränden sind übergeordnet zu behandeln und zu beachten.
- 65 • Auch zukünftig werden wir Flächen in Anspruch nehmen müssen: z.B. um im Rahmen
66 der Verkehrswende neue Bahntrassen zu bauen. Für die Energiewende brauchen wir 2%
67 der Landesfläche für den Ausbau der Windkraft. Jegliche Nutzung soll dabei
68 flächensparsam und gut begründet erfolgen.
- 69 • Zielführend ist die Erstellung eines Landesbodenschutzkonzepts, um
70 vergleichbar mit Landesklimaschutzgesetz, notwendige Maßnahmen zu auswählen,
71 zu quantifizieren und zu priorisieren. Zusätzlich kann die verbleibende, noch
72 notwendige Flächeninanspruchnahme, auf ökologisch und landwirtschaftlich weniger
73 wertvolle Flächen gelenkt werden.
- 74 Das Ziel, den Flächenverbrauch zu reduzieren, erreichen wir nicht allein.
75 Deshalb fordern wir alle politischen Ebenen auf, an dem Ziel mitzuwirken und sich
76 dafür einzusetzen, unsere Böden als Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen,
77 Tiere, Pflanzen und Organismen zu schützen.
- 78 Entscheidungen über Bau- und Gewerbegebiete werden in den Kommunen getroffen.
79 Besonders die derzeitigen Bemühungen, sich „Beinfreiheit“ bei der Ausweisung von
80 Flächen zu schaffen und Schwellenwerte zu ignorieren, machen uns Sorgen.

81 Kommunen sind zu fördern und zu fordern, die Ziele in Summe als Gemeinschaft zu
82 erreichen.

83 Wir unterstützen die Kommunen darin, sich im Sinne des Bodenschutzes zu
84 engagieren:

85 • Mit einem digitalen Potenzialflächenkataster wird die Innenentwicklung bereits
86 jetzt erleichtert und kommunale Folgekosten werden greifbar gemacht. Ergänzend
87 wollen wir die Kommunen bestärken, eine transparente Klimafolgenabschätzung
88 durch Flächenversiegelung auf den kommunalen Entscheidungsvorlagen verfügbar zu
89 machen.

90 • Ebenso müssen Kommunen nachweisen, dass eine angestrebte Entwicklung im
91 Innenbereichen nicht möglich ist, bevor in den Außenbereich ausgewichen werden
92 darf. Kontrollmechanismen in diesem Bereich, z.B. über Jahresberichte zu
93 Indikatoren wie regionalen Leerstandsquoten, werden wir im Sinne des
94 Flächenschutzes verbessern.

95 • Böden können Kohlenstoff und Niederschläge speichern und sind damit wichtig
96 für den Klimaschutz und zur Vorbeugung großer Klimakatastrophen. Für
97 verantwortungsvolle Bodenpolitik brauchen wir auch kommunale
98 Bodenschutzkonzepte. Für diese soll bei den Kommunen geworben und nach einer
99 Fördermöglichkeit von Landesseite gesucht werden.

100 Ein wichtiges Entscheidungsgremium hinsichtlich des Flächenverbrauchsziels sind
101 die regionalen Planungsgemeinschaften.

102 • Wir unterstützen die Grünen in den regionalen Planungsgemeinschaften bei ihren
103 Bemühungen, den Flächenbrauch zu begrenzen und den Bodenschutz bei der
104 Fortschreibung der Regionalpläne zu forcieren.

105 • Relevante Klimafunktionsflächen sollen dabei als Vorranggebiete definiert und
106 ausgewiesen werden. Dabei können Synergieeffekte, wie z.B. Wildtierkorridore,
107 regionale Biotopnetze, Grünzüge und Überschwemmungsbiote genutzt werden.

108 • Vorranggebiete für den Hochwasserschutz müssen unbebaut bleiben. Der teilweise
109 sorglose Umgang mit diesem Risiko wird ausdrücklich kritisiert.

110 Auf Bundesebene wird sich Rheinland-Pfalz weiterhin für die Eindämmung des
111 Flächenverbrauchs einsetzen und gemeinsam an wirksamen Strategien arbeiten, um
112 das Netto-Null Ziel zu erreichen.

113 • Das Baulandmobilisierungsgesetz der alten Bundesregierung hat den Kommunen
114 mit §13b BauGB ein Werkzeug an die Hand gegeben, welches absolut konträr gegen
115 die Ziele der Innenentwicklung und des Flächensparens arbeitet. Hier fordern wir
116 die Bundesregierung auf, diesen Paragraphen schnellstmöglich auszusetzen und
117 abzuschaffen.

Begründung

(1) Statistisches Landesamt RLP, Zeitreihen Land, Nutzung der Bodenfläche 2016-2020 <https://www.statistik.rlp.de/de/gesellschaftstaat/bevoelkerung-und-gebiet/zeitreihen-land/tabelle-1/>

(2) Statistisches Landesamt RLP, Statistische Berichte, Nutzung der Bodenfläche zum 31. Dezember 2020, S.54, ISSN: 1430-5054 https://www.statistik.rlp.de/fileadmin/dokumente/berichte/A/5013/A5013_202000_1j-K.pdf

(3) Länderinitiative Kernindikatoren, D1 Flächenverbrauch, Datentabelle: Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche in Hektar pro Tag (Jahreswerte), <https://www.lanuv.nrw.de/lik/index.php?indikator=8&aufzu=4&mode=indi>

(4) Gemeinsames Statistikportal der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Fläche für Siedlung und Verkehr, Nachhaltigkeitsindikator: Durchschnittliche tägliche Veränderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche vom 1. Januar 1993 bis zum 31. Dezember 2020 nach Bundesländern, <https://www.statistikportal.de/de/ugrdl/ergebnisse/flaeche-und-raum/ffsv#6689>

(5) Nachhaltigkeitsstrategie RLP, Indikatorenbericht 2021, https://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung_2/8206/02_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2021_Indikatorenbericht.pdf

(6) Nachhaltigkeitsstrategie RLP, Fortschreibung 2011, http://mwvlw.rlp.de/fileadmin/mwkel/Abteilung_2/8206/02_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz/2011_Kurzfassung_Nachhaltigkeitsstrategie-Rheinland-Pfalz.pdf

(7) Klimaschutzplan 2050, S.68, https://www.bmuv.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/klimaschutzplan-2050_bf.pdf *

Abwurf aller Links am 03.02.2022 18:20 Uhr

Unterstützer*innen

Jenni Follmann (KV Landau), Laura Malburg (KV Trier-Saarburg), Dr. Lea Heidebreder (KV Landau), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Dr. Kristin Kosche, KV Rhein-Lahn, Claudia Becker (KV Trier-Saarburg), Sven Kaemper (KV Landau), Birgit Kynast (KV Mainz), Philipp Veit (KV Mainz), Stefan Boxler (KV Bad Kreuznach), Jürgen Gauer (KV Rhein-Lahn), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Tim Markovic (KV Bad Kreuznach), Jörg-Martin Beck (KV Trier), Heike Gleißner (KV Trier-Saarburg), Annegret Neugeschwender (KV Trier-Saarburg), Malte Pullich (KV Cochem-Zell), Lilia Seydlitz (KV Trier-Saarburg), Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück), Ludger Nuphaus (KV Bad Kreuznach), Safak Karacam (KV Trier-Saarburg), Claudia Laux (KV Ahrweiler), Holger Wolf (KV Neuwied), Markus Schneider (KV Trier-Saarburg), Daniel Ollinger (KV Trier-Saarburg), Martina Schleier (KV Trier-Saarburg), Philipp Jakobs (KV Trier-Saarburg), Jürgen Paul Lorenzen (KV Trier-Saarburg), Manuel Praetorius (KV Birkenfeld), Rolf Radicke (KV Koblenz), Werner Rosemann (KV Trier-Saarburg), Sebastian Karthäuser (KV Trier-Saarburg), Elisabeth Grüning (KV Trier-Saarburg), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Jörg Wirtz (KV Mainz-Bingen), Peter Schiwiek (KV Trier-Saarburg), Ingrid Bäumlner (KV Cochem-Zell), Lydia Enders (KV Bitburg-Prüm), Petra Wiwie (KV Trier-Saarburg), Markus Schneider (KV Trier-Saarburg), Christoph Hartmann (KV Trier-Saarburg), Patrick Weirich (KV Cochem-Zell), Jessica Trogler (KV Trier-Saarburg), Karl-Georg Schroll (KV Trier-Saarburg), Gordon Gniewosz (KV Koblenz), Uller Koenig (KV Vulkaneifel);